



Pressemitteilung der SVP URI vom 7. Oktober 2016 zur Unterbringung von 60 Flüchtlingen im Hotel Löwen in Seelisberg.

### **Seelisberg ernst nehmen – das Volk steht nicht hinter diesen „Flüchtlingen“**

Mit seinen Abstimmungsergebnissen zur Asylgesetzrevision oder der Ausschaffungsinitiative kann Seelisberg nicht als fremdenfeindlich abgetan werden. Trotzdem hat die Information zur Unterbringung von sechzig vorwiegend jungen Asylsuchenden in Seelisberg die Gemüter der Bevölkerung letzten Donnerstag mächtig erhitzt und für nationale Schlagzeilen gesorgt.

Das Vorhaben in einer Gemeinde mit nur knapp 700 Einwohnern sechzig Asylsuchende mitten im Dorf zu platzieren, kann nur als realitätsfremd beurteilt werden! Bei den Asylsuchenden handelt es sich nicht um Familien mit Kindern, die hier in der Schweiz Schutz suchen. Nein, es sind vorwiegend junge und gesunde Männer, die wohl aus wirtschaftlichen Gründen in die Schweiz gelangen. In das Land in dem nach Ihren Vorstellungen Milch und Honig fliesst.

Die Reaktion in Seelisberg zeigt klar, dass die überwiegend jungen „Flüchtlinge“ ohne Familien vom Volk nicht als wahre schutzbedürftige Menschen angesehen werden. Die Terroranschläge der letzten Tage in ganz Europa zeigen, dass sich unter diesen jungen Männern auch gewaltbereite, gefährliche und hoch kriminelle Menschen befinden können. Dies ist kein Generalverdacht, sondern reale Gefahr, welche durch die kopflose Politik des „Willkommens“ ohne systematischen Grenzkontrollen begünstigt wird.

Dass diese Flüchtlingspolitik des Bundes früh an ihre Grenzen und Akzeptanz stossen wird, war der SVP Uri von Anbeginn klar.

Im Landrat wollte die SVP mit ihrer kleinen Anfrage von Petra Simmen letzten November 2015 vom Regierungsrat wissen, wie bei der zu erwartenden Flut von Flüchtlingen die „Unterbringung der Flüchtlinge und Asylsuchenden im Kanton Uri“ gesichert wird. Die Antwort war wenig überraschend. Die Regierung habe alles im Griff und werde mit dem Roten Kreuz weitere Unterbringungsmöglichkeiten suchen war damals die Antwort. Dabei soll auf *„eine ausgewogene geografische Verteilung“* geachtet werden, wobei bei *„einer Ausnahmesituation unter Umständen einzelne Gemeinden überdurchschnittlich belastet werden können“*.

Wenn wir davon ausgehen, dass die jetzige Situation noch keine Ausnahmesituation darstellt, so hat der Regierungsrat mit dem Vorgehen in Seelisberg schlicht sein Versprechen gebrochen.

Wenn diese nationale Flüchtlingspolitik mit dem unbegrenzten Zustrom von jungen Flüchtlingen aus sicheren Staaten (Marokko, Eritrea, Nordafrika usw.) bestehen bleibt, werden in Uri nach Seelisberg auch weitere Urner Gemeinden eine hohe Zahl Asylsuchende aufnehmen müssen.

Der Tourismus ist für Uri eine sehr wichtige Branche und wird mit hohen Geldern seitens des Kantons gefördert. Für die SVP Uri ist es daher unverständlich, dass gerade in dieser touristisch wertvollen und wachsenden Region ein noch in Betrieb stehendes Hotel mit Auslaufen des Pachtvertrages einfach zur Asylunterkunft gemacht werden soll. Einerseits

werden so zukünftig in Seelisberg günstige Hotelbetten für junge und aktive Touristen fehlen und andererseits wird das Dorfbild durch diese Asylunterkunft nicht im touristischen Sinn aufgewertet.

Aus diesen Gründen fordert die SVP Uri den Regierungsrat auf, sich endlich zusammen mit weiteren Innerschweizer Kantonen in Bern für eine vernünftige Asylpolitik einzusetzen. Die Bevölkerung will nur echten, an Leib und Leben bedrohten Flüchtlingen helfen. Dazu müssen die Grenzen kontrolliert werden, illegal Eingereiste müssen wieder in Gewahrsam genommen werden und junge Wirtschaftsflüchtlinge aus sicheren (Dritt-)Staaten in ihre Herkunftsländer zurückgeschickt werden. Nur so kriegen wir die Zahlen im Asylbereich in den Griff und können gewaltbereite Terroristen erkennen.

Als ersten Schritt soll die Urner Regierung nur noch anerkannte Flüchtlinge, welche willens sind sich an unsere Gepflogenheiten anzupassen, in einem ausgewogenem Verhältnis an Familien mit Kindern, jungen und alten Menschen vom Bund übernehmen. Denn es kann nicht sein, dass vorwiegend nur junge Männer an Leib und Leben bedroht sein sollen.

SVP URI